

Haushalt und Finanzen 2021



Beitrag der fraktionslosen Kreistagsabgeordneten Sonja Crämer-Gembalczyk,
DIE LINKE, anlässlich der Verabschiedung des
Kreishaushaltes 2021 am 17. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe Gäste.

Hinter und vor uns liegt eine schwierige Zeit, in der wir viele Einschränkungen hinnehmen mussten, von denen wir uns vor einem Jahr nicht vorstellen konnten, dass sie einmal bei uns nötig sein müssen.

Aus der Corona-Pandemie ergibt sich vielseitige Verantwortung für die Kreispolitik.

1. Die Entwicklung von Kindern und Jugendliche, die auf den sozialen Raum Schule und Kita verzichten müssen. Der Kreis muss Sorge tragen, wie Schule und Kita unter Auswirkung der Corona-Krise sinnvoll und die soziale Benachteiligung von Schüler*innen und Kita Kindern aus sozio-ökonomisch diskriminierten Familien nicht noch verschärft gestaltet werden kann. Die, die nicht über die notwendige Infrastruktur und elterliche Unterstützung für Online-Lernen verfügen, sind hier explizit genannt. Zum Ausgleich herkunftsabhängiger Benachteiligung im Fernlernen sind aber auch im Unterricht die Vermittlung digitaler Fähigkeiten und der Aufbau metakognitiver Strategien wichtig. Diese dürfen nicht auf instrumentelle Fähigkeiten zu reduziert werden; die bildungstheoretische Durchdringung der Fähigkeiten darf nicht vernachlässigt werden. Das Konzept des „Flipped Classroom“, bei dem Erklärvideos an alle Schüler*innen geschickt werden, wenn diese alle kostenlos die entsprechende Hardware zur Verfügung gestellt bekommen haben, bietet neue Chancen für Bildung in Corona-Zeiten. Das neue Schuljahr ist und wird kein normales sein und macht es notwendig, Bildung unter veränderten Voraussetzungen neu zu denken. Entsprechende Fortbildungen der Lehrenden ist hier unverzichtbar und liegt auch in der Verantwortung der Kreispolitik. Das bedeutet aber nicht, dass Präsenzunterricht ersetzbar ist. Schule ist eben auch persönliche Beziehungen, Kontakte und haptische Erlebnisse. Hier besteht die Gefahr, eine Generation zu schädigen. Deshalb sind mehr Schulpsychologen und Sozialhelfer notwendig. Schüler*innen und Kita-Kindern geht im Moment ein wichtiger Erprobungsraum verloren. Digitales lernen kann nur dann sein Potenzial entfalten, wenn sich die

schulische Pädagogik grundlegend ändert. Das gilt besonders mit Blick auf die Inklusion. Auch hier kann die Kreispolitik stützende Formen entwickeln und anbieten. Ferner ist es nötig, dass gleiche Bedingungen hergestellt werden für Schüler*innen die in der Schule anwesend sind, wie für die, die sich im Homeschooling befinden. Hierzu eignet sich m. E. das direkte Erfassen einer Unterrichtssituation per Video, an der neben den Präsenz-Schüler*innen gleichzeitig die Home-Schüler im Klassenverbund teilnehmen können. Diese Ausführungen beziehen sich auf die Kitas, Schulen und Kolleg-Schulen, bei denen der Kreis, als Träger fungiert.

Im Lockdown sind viele Familien überfordert. Sonst übliche Kontrollmechanismen greifen nicht, wenn Kinder und Jugendliche kaum noch Außen Kontakte haben. Übergriffe auf Kinder und Frauen werden schlechter erkannt. Es ist nicht verständlich, dass unter diesen Umständen der Kinderschutzbund im Kreis auch in diesem Jahr ohne Zuschuss auskommen muss.

2. Für Viele Menschen, die gezwungen sind, in sozio-ökonomischer Diskriminierung zu leben, fallen viele Hilfsangebote wie z. B. die Tafeln weg. Ebenso fallen ihnen auch die autonome „Geldbeschaffung“ weg, wie z. B. Minijobs, Flaschensammeln oder auch das Betteln. Das können sie nicht kompensieren und sie fallen in ein „schwarzes Loch“, das zu Hoffnungslosigkeit führen kann. Die Suizidalität ist laut „Nachdenk-Seiten“ schon gestiegen.
3. Der Kreis muss unbedingt dafür Sorge tragen, dass Wohnungen während der Pandemie nicht gekündigt werden können. Auch Stromsperren sollten aktuell unzulässig sein. Solche Maßnahmen würden vielen Menschen die ökonomischen Ängste nehmen, die sie eh schon umtreiben.
4. Der Arbeitsmarkt leidet im Besonderen ebenfalls unter der Pandemie. Die Arbeitslosenzahlen im Kreis lagen im Dezember bei 3,0 %. Rechnet man die Unterbeschäftigungsquote von 4,3 % dazu, sehen auch diesmal die Zahlen wieder anders aus. Dann sind wir bei 7,3 %. Auch die Kurzarbeiterquote gehört in diesem Jahr in die Beurteilung. 3.100 Unternehmen im Agenturbereich reichten Kurzarbeit ein. Das entspricht einer Quote von ca. 20 %. Der Leiter der Behörde, Herr Meiners, prognostiziert: „Zum jetzigen Zeitpunkt müssen wir davon ausgehen, dass diese Zahl noch weiter ansteigen wird.“ Die davon betroffenen fallen, zusätzlich zur Pandemie in finanzielle Engpässe und Sorgen.

Diese vier Einzelpunkte führen uns von Die Linke. dazu einen „runden Tisch“ für den Kreis Coesfeld zu fordern. Ein solcher „Sozial-Corona-Tisch“ muss Lösungen für alle die erarbeiten, die in ökonomische und soziale Schieflage geraten sind. Die Wirtschaft wird mit immensen Summen unterstützt, doch Gruppen ohne Lobby bleiben sich selbst überlassen. Sinnvoll ist z. B. eine zusätzliche Unterstützung – denkbar durch Einkaufsgutscheine oder Sonderzahlungen für alle Transferleistungsempfänger*innen ab einem bestimmten Minimum und von Armut bedrohten. Darüber wurde bislang aber nicht einmal nachgedacht. Es wäre aber ein sinnvoller Beitrag, um der sozialen Spaltung etwas entgegen zu setzen.

Nicht zu vernachlässigen ist die Situation der Arbeitsemigranten und Migrantinnen, z. B. bei Westfleisch oder in der Landwirtschaft. Zwar wurde eine Verbesserung durch das Verbot von Werksverträgen in der Fleischindustrie erlangt, damit endet die Verantwortung aber nicht.

Wie steht es z. B. mit der Wohnsituation oder mit dem Transport zur Arbeit und zurück? Hier sind mehr Kontrollen angezeigt, um Menschen ein würdiges Leben zu gewährleisten. Das gehört in die Zuständigkeit und Verantwortung der Kreis Behörden, die dafür mit mehr Personal auszustatten werden müssen.

Außerhalb und während der Corona-Krise gibt es auch noch andere Themen mit Relevanz für die Kreispolitik.

Seit einigen Jahren ist der Kreis Coesfeld auf Initiative eines Bürgerantrags einer Genossin von Die Linke., Mitglied im Verbund „Mayors for Peace“. Als nächster logischer Schritt wäre nun die Unterzeichnung der ICAN-Erklärung, die die Bundesregierung dazu auffordert, den Atomwaffenächtungsvertrag zu unterzeichnen. Dieser ist seit einigen Wochen in Kraft, leider ohne deutsche Unterschrift. Das ist sehr traurig und kaum vermittelbar.

Der ÖPNV im Kreis Coesfeld muss dringend ausgebaut werden. Es muss möglich sein, dass Menschen, die kein Auto fahren können oder wollen, jeden Ort im Kreis zu erreichen. In der Verkehrsplanung ist es daher nötig, dem ÖPNV und dem Fahrrad den Vorrang einzuräumen. Das braucht mehr Platz und eine verbesserte Infrastruktur. Busse und Bahnen müssen häufiger verkehren, auch auf unwirtschaftlichen Strecken, das Streckennetz muss optimiert werden und der ÖPNV muss mittelfristig kostenfrei werden.

Als Politikerin von Die Linke. stehe ich dafür, die unausweichlichen Folgen des Klimawandels im Kreis mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Die Stromnetze gehören in die öffentliche Hand, damit bezahlbare Ökostromprojekte entwickelt werden können. Nötig sind ein Technologiewandel und Formen kooperativen Wirtschaftens. Natürlich muss das sozialverträglich geschehen, sonst fehlt es auf Dauer an der Umsetzbarkeit und Akzeptanz. Zum Klimaschutz gehört ebenso eine nachhaltige, ökologische und sozialverantwortliche Landwirtschaft. Noch ein paar Worte zur inklusiven Gesellschaft. Hier besteht im Kreis ein großer Handlungsbedarf. Inklusion ist wie der Klimaschutz ein Querschnittsthema.

Barrieren abbauen:

- in Gebäuden und Kommunen, Bushaltestellen und Bahnhöfe bilden große Barrieren, ebenso wie nicht blindengerechte Straßenübergänge oder hohe Bordsteine
- im Netz – die Kreisseite ist alles, aber nicht barrierefrei
- im Kopf – eine Kreispolitikkampagne wäre ein kreativer Anfang sofern sie sich nicht nur an Menschen mit Behinderung wendet
- rückwärtige oder umgekehrte Inklusion
- einfache und vereinfachte Sprache – darauf müssen alle Schriften, Dokumente, Formulare, Sitzungsvorlagen etc. überarbeitet werden

Ferner möchte ich der Kreispolitik nahelegen, seine Ökonomie im Sinne einer „Gemeinwohlökonomie umzubauen. Wer sich hier informieren möchte, rate ich einmal mit der CDU in Brakel Kontakt aufzunehmen oder im Internet dazu zu recherchieren. Denn hier werden bereits erste Erfahrungen gemacht.

Etwas liegt mir zum Schluss noch am Herzen. Bedingt durch die Pandemie ist die politische Partizipation Einzelmandatsträger*innen auf ein Minimum reduziert. Kreistagssitzungen finden nicht statt und die Verantwortung wurde an den Kreisausschuss verwiesen, in dem diese nicht vertreten sind. Dadurch wird das Mandat und das der Wähler entwertet. Eine Lösung hat der Kreis schon selbst entwickelt. Die konstituierende Sitzung fand in der Pictorius-

Aula statt. Diese Lösung wäre für alle Kreistagssitzungen möglich. Eine andere Möglichkeit wären Online- oder Hybrid-Sitzungen. Ebenso denkbar wäre eine Ausnahmeregelung für die Dauer der Pandemie, in der eine Teilnahme mit Stimmrecht für Einzelmandatsträger*innen im Kreisausschuss eingeräumt wird. Das Beispiel Billerbeck zeigt, dass ein Pairing-Verfahren auch bei unseren Kreistagssitzungen möglich wäre. Sie sehen, mit Kreativität könnten Lösungen entwickelt werden.

Aus diesen wie aus anderen Gründen, die hier zu weitreichend wären, lehne ich auch in diesem Jahr den Haushaltsentwurf ab.

Jetzt verbleibt mir noch, Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit zu danken und bleiben Sie gesund!

Danke Sonja Crämer-Gembalczyk